



Der Israel-Palästina-Konflikt in Strafvollzug und Bewährungshilfe



Wertzeug e.V. ist ein überparteilicher und konfessionell nicht gebundener Verein der Demokratiebildung mit Sitz in Mainz.

Wertraum ist ein Projekt von Wertzeug e.V. in Kooperation mit dem Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz.

Es wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Verantwortlich für den Inhalt ist Wertzeug e.V., Registriernummer 41581, Amtsgericht Mainz

Bilder: Titelbild Levi Meir Clancy (Unsplash), Seite 5 U.S. Central Intelligence Agency (wiki commons), Seite 4+5 Cole Keister (Unsplash), Seite 6+7 Nathan Dumlao (Unsplash), Seite 8 Nikolas Gannon (Unsplash), Seite 10 Bruce Emmerling (Pixabay), Seite 13 Antenna (Unsplash)

Copyright 2024 Wertzeug e.V.

Liebe Interessierte,

der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 stellte einen jahrzehntelangen Konflikt erneut in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit. Auf brutale Weise hat die Hamas mehr als 1.200 Menschen in Israel ermordet, viele weitere verletzt und über 250 als Geiseln verschleppt. Israels Militär reagiert seitdem mit Gegenangriffen bei denen bisher mehr als 30.000 Menschen in Gaza getötet, viele weitere verletzt und über 1,5 Millionen in die Flucht getrieben wurden.

Dieser überregionale Konflikt hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt, auch auf Deutschland. In Deutschland leben Menschen mit persönlichen und familiären Verbindungen sowohl nach Israel als auch nach Gaza. Nicht nur deshalb wird der Nahostkonflikt im letzten halben Jahr in vielen Bereichen unserer Gesellschaft diskutiert. Dabei sind die Debatten oftmals emotional aufgeladen und die Fronten vielerorts verhärtet.

Weil das Thema so polarisiert und kontrovers debattiert wird, taucht es natürlich auch im Strafvollzug auf. Das kann unter Umständen bei Beteiligten zu Überforderung führen. Diese Broschüre ermöglicht daher einen kleinen Einblick in eine komplexe Thematik und soll Ihnen den Umgang damit erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Wertzeug-Team

Lesetipps:

- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:
www.lpb-bw.de/nahostkonflikt
- KIGa - Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V.:
www.kiga-berlin.org
- Ufuq e. V.: www.ufuq.de
- Mehr als 2 Seiten – Ein Comic über eine Reise von Neukölln nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete:
<https://mehrals2seiten.de/>

Was ist der Konflikt?

Bei dem so genannten Nahostkonflikt handelt es sich um einen seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikt zwischen Israel und Palästinenser:innen, dem verschiedene Ursachen zu Grunde liegen, die ineinanderwirken und sich gegenseitig verstärken. Das Gebiet, das heute Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete (Westjordanland, Ost-Jerusalem und Gazastreifen) umfasst, ist historisch als Palästina bekannt. Es hat für Jüdinnen und Juden wie auch Muslim:innen eine besondere geschichtliche und teilweise religiöse Bedeutung, weshalb beide Parteien es für sich beanspruchen. Der Streit über den Verlauf von Grenzen und die politische Selbstbestimmung sowie die Verteilung von Ressourcen ist dabei von großer Bedeutung.

Umkämpftes Gebiet

Palästina

Zum Verständnis der jahrzehntelang andauernden Konfliktlage wird ein kurzer Blick in die Vergangenheit benötigt. Der ansteigende Antisemitismus in Russland und Europa Ende des 19. Jahrhunderts führte zu einer vermehrten Auswanderung von Jüdinnen und Juden nach Palästina, was damals deutlich dünner besiedelt war als heute. Einige der dort lebenden Araber:innen lehnten die Sied-

lungsbestrebungen der Jüdinnen und Juden allerdings ab, was zu vermehrten Spannungen in der Bevölkerung führte. Genährt wurden diese zusätzlich durch widersprüchliche Zusagen der britischen Mandatsregierung, die das Gebiet im Ersten Weltkrieg kontrollierte, und sowohl den Araber:innen als auch den Jüdinnen und Juden politische Selbstbestimmung in Palästina versprach.



Staatsgründung Israels

Im Zweiten Weltkrieg suchten viele europäische Jüdinnen und Juden in Palästina nach einem sicheren Zufluchtsort. Ihr Wunsch nach einem eigenen Staat mündete 1947 im Teilungsplan der UN, der einen arabischen und einen jüdischen Staat vorsah. Nachdem der Plan scheiterte und Großbritannien seinen Rückzug ankündigte, rief David Ben Gurion im Jahr 1948 den Staat Israel aus.

UN-Teilungsplan für das britische Mandat Palästina aus dem Jahre 1947.

Als Reaktion darauf erklärten die arabischen Nachbarstaaten Israel den Krieg, den Israel gewann.

In Folge der Staatsgründung kam es zu Auseinandersetzungen und einem Krieg, den Israel gewinnen konnte. Für große Teile der arabischen Bevölkerung bedeutete der Krieg, dass sie aus ihren Heimatdörfern vertrieben wurden oder flüchten mussten. Die nachfolgenden Generationen leben auch heute noch unter schlechten Bedingungen in Flüchtlingscamps und sind oft staatenlos. Mit der Ausrufung des Staates Israel konnten Jüdinnen und Juden ihr Anliegen nach einem Heimatland bereits erfüllen, während die Palästinenser:innen noch auf die Anerkennung eines eigenen souveränen Staates warten. Obwohl es immer wieder Bemühungen zu Verhandlungen gibt, ist eine Lösung des vielschichtigen Konflikts bisher nicht gelungen. Radikale Positionen auf beiden Seiten verhindern jegliche Friedensprozesse.



Wer hat denn jetzt Recht?

Zwei Perspektiven auf den Konflikt

Die Kolonialismus-Brille

Über viele Jahrhunderte haben europäische Kolonialmächte auf der ganzen Welt Länder erobert, besetzt und ausgebeutet. Dabei haben sie einheimische Völker gewaltsam unterdrückt, ihre Kulturen und Religionen abgewertet und die Ressourcen der Länder geraubt. Auch wenn die Kolonialzeit vorbei ist, bestehen gewisse Abhängigkeiten und Machtverhältnisse weiter fort.

Wer durch die Kolonialismus-Brille blickt, betrachtet die Einwanderung der Jüdinnen und Juden aus Europa und die spätere Staatsgründung Israels als jüdische Nation als eine moderne Form des europäischen Kolonialismus. Die Vertreibung von über 700.000 Menschen aus ihrer Heimat während des Israelisch-Arabischen Krieges wird von Palästinenser:innen als Nakba (arab. für Katastrophe) bezeichnet. Die israelische Besatzung und damit einhergehende Fremdbestimmung in Gaza und dem Westjordanland ist für die Bevölkerung bis heute unerträglich. Daher betrachten einige die Terrorangriffe der Hamas auf die israelische Bevölkerung als Teil der Befreiungsbewegung.

Gleichzeitig muss auch bedacht werden:

- Ein großer Teil der jüdischen Einwanderer kam nicht aus Europa oder Russland, sondern floh aus den benachbarten mehrheitlich muslimisch geprägten Staaten
- Die Jüdinnen und Juden, die während und nach dem Holocaust aus Europa nach Palästina flüchteten, sahen sich selbst nicht als Kolonisator:innen, sondern als Geflüchtete, die einen sicheren Ort zum Leben suchten
- Terror gegen die Zivilbevölkerung, wie ihn die Hamas am 7. Oktober ausgeübt hat, kann niemals ein Freiheitskampf sein

Die Antisemitismus-Brille

Antisemitische Übergriffe, Vertreibung und Ermordung gibt es in Europa schon seit Jahrhunderten. Der nationalsozialistische Völkermord mit 6 Millionen getöteten Jüdinnen und Juden ist dabei der Höhepunkt einer lange dauernden Ausgrenzungsgeschichte. Der Zionismus (das Bestreben nach einem jüdischen Staat) entstand am Ende des 19. Jahrhunderts als Sammlungsbewegung europäischer Jüdinnen und Juden. Aufgrund antisemitischer Erfahrungen waren sie der Überzeugung, dass nur ein „Judenstaat“ ihre Sicherheit garantieren könne.

Wer durch die Antisemitismus-Brille auf den Nahostkonflikt schaut, kommt oft zur Überzeugung, dass Israel alle militärischen Mittel nutzen darf, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Die Konsequenz aus dem Holocaust ist demnach, dass Jüdinnen und Juden nie wieder Opfer sein dürfen. Wenn also die Hamas und andere Gruppierungen und Nationen die Vernichtung Israels fordern, sei die Welt aufgerufen, sich für den Schutz von jüdischem Leben einzusetzen. Das bedeutet auch, ihren militärischen Kampf zu unterstützen.

Gleichzeitig muss auch bedacht werden:

- Israel muss in der Verteidigung Verhältnismäßigkeit wahren und darf die palästinensische Zivilbevölkerung nicht kollektiv bestrafen
- Der israelische Siedlungsbau in palästinensischen Gebieten verhindert seit Jahrzehnten einen Friedensprozess
- Die israelische Regierung ist in den letzten Jahren immer weiter nach rechts gerückt, bedient sich nationalistischer Rhetorik und dehumanisiert Palästinenser:innen



Israelbezogener Antisemitismus

Antisemitismus meint „Judenfeindschaft“. Diese kann sich in der Unterstellung von negativen Eigenschaften äußern und ihren Ausdruck in Verleumdung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung bis hin zur Ermordung von jüdischen Menschen finden. Nicht jede Aussage ist absichtsvoll antisemitisch gemeint und kann trotzdem antisemitische Bilder verbreiten. Als Hilfestellung zur Erkennung von antisemitischen Aussagen mit Israelbezug kann das folgende Modell genutzt werden.

3-D-Test (nach Natan Scharanski)

- Dämonisierung: Darstellung Israels als „teufliche Macht“ und „Ursache allen Übels“ auf der Welt
- Doppelstandards: Das Anlegen strengerer Maßstäbe an Israel als an andere Staaten
- Delegitimierung: Infragestellung des Existenzrechts Israels

Über den Israel-Palästina-Konflikt reden – wo endet sachliche Kritik?

„Kindermörder Israel!“

Im Gazakrieg sterben auch Kinder und das zu benennen ist legitim. Die Bezeichnung „Kindermörder“ aber wirft Israel gezieltes Töten von Kindern vor, wofür es keinerlei Belege gibt. Vielmehr stellt „Kindermörder“ eine Dämonisierung Israels dar und knüpft an eine alte antijüdische Legende an: Im Mittelalter wurde das Gerücht verbreitet, Jüdinnen und Juden würden christliche Kinder in religiösen Ritualen töten. Diese Lüge diente als Grundlage für die Verfolgung jüdischer Menschen.

„From the river to the sea, Palestine will be free!“

„Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein“. Hiermit sind der Jordan und das Mittelmeer gemeint. Zwischen beiden befinden sich sowohl Israel als auch die palästinensischen Gebiete. Die Aussage könnte bedeuten, dass Israel nicht mehr existieren solle (Delegitimierung) und es stattdessen nur einen palästinensischen Staat geben müsste. Die Forderung eines palästinensischen Staates neben Israel (Zwei-Staaten-Lösung) ist hingegen eine legitime und berechtigte Angelegenheit, denn sie stellt das Existenzrecht keiner der beiden Seiten in Frage.

„Israel muss boykottiert werden!“

Konkrete Handlungen und Entscheidungen von Israels Politik zu kritisieren sowie die Angemessenheit dieser in Frage zu stellen, unterliegt der Meinungsfreiheit. Allerdings wird häufig ein anderer Maßstab an Israel im Vergleich zu anderen Ländern angelegt. Bei ähnlichen Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten wird selten zu einem Boykott aufgerufen. Die Ablehnung israelischer Produkte erinnert dabei an Nazi-Deutschland, wo zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen wurde. Der Boykott trifft auch Menschen aus der Kultur, Wissenschaft und Friedensbewegung in Israel.



Muslimfeindlichkeit

Bei Muslimfeindlichkeit handelt es sich um eine Form von Rassismus. Sie richtet sich gegen Muslim:innen, sowie gegen Menschen, die als muslimisch wahrgenommen werden – z. B. wegen äußerer Merkmale, ihres Namens oder ihrer vermuteten Herkunft. In Debatten rund um den Nahostkonflikt kommt es häufig zu weiteren Verallgemeinerungen und negativen Zuschreibungen. Muslimfeindlichkeit zu erkennen kann manchmal schwierig sein. Im Nahostkonflikt äußert sich Muslimfeindlichkeit oft wie folgt:

- Abwertung von Muslim:innen als „fremd“ und „unzivilisiert“
- Generalverdacht: Erwartung an Muslim:innen sich von Gewalt und Terror zu distanzieren
- Importierter Antisemitismus: Muslim:innen seien am Antisemitismus in Deutschland schuld

Über den Israel-Palästina-Konflikt reden – wo endet sachliche Kritik?

„Gewalt gehört zur Kultur von Muslimen. Die können nicht anders!“

Zwischen der Gewaltbereitschaft von Menschen und ihrer Zugehörigkeit zu einer Religion lassen sich keine grundsätzlichen Schlüsse ziehen. Religionen werden von verschiedenen Menschen sehr unterschiedlich ausgelebt. Es gibt nicht den Islam, sondern unterschiedliche Islamverständnisse. Muslimischen Menschen eine besondere Gewalttätigkeit als grundsätzliche Eigenschaft zuzuschreiben, wird der überwiegenden Mehrheit nicht gerecht. In allen Religionsgemeinschaften gibt es gewaltbereite und friedvolle Menschen, die sich auf die gleiche Religion beziehen.

„Alle Muslime in Deutschland müssen sich klar von der Hamas abgrenzen!“

Diese Aussage setzt alle Muslim:innen mit der Hamas gleich. Muslim:innen, die nie eine Nähe zur Hamas hatten, müssen sich daher auch nicht von ihr distanzieren. Das stellt Millionen von Muslim:innen unter Generalverdacht. Sie müssen sich für etwas rechtfertigen, wofür sie nicht verantwortlich sind. Wie die Doppelstandards beim 3-D-Test muss hier darauf geachtet werden, dass eine einzelne Gruppe nicht mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere.

„Die Muslime bringen den Judenhass nach Deutschland!“

Durch Bilder von Pro-Palästina-Demos kann der Eindruck entstehen, dass vor allem muslimische Menschen sich antisemitisch verhalten würden. Dass der Hass gegenüber Jüdinnen und Juden in Deutschland kein neues Phänomen ist, wird insbesondere durch Deutschlands Rolle im Zweiten Weltkrieg deutlicher. Antisemitismus gibt es schon seit Jahrhunderten auf deutschem Staatsgebiet und er findet in unterschiedlichen Arten seinen Ausdruck. Er ist in der gesamten Gesellschaft weit verbreitet und wird daher auch von einigen muslimischen Menschen geteilt. Muslim:innen sind allerdings nicht allein für einen angestiegenen Antisemitismus verantwortlich.

Wie kann mit dem Konflikt im Alltag umgegangen werden?

Eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen Konfliktlagen um Israel und Palästina kann sich überfordernd anfühlen. Es ist nicht notwendig, alles über den Konflikt zu wissen, um sprechfähig zu sein. Es geht auch nicht darum, den Konflikt beurteilen oder gar selbstständig lösen zu können. Dennoch ist es wichtig, angemessen zu reagieren, wenn die Lage im Nahen Osten im Arbeitsalltag zum Thema wird. Dabei können sich Situationen ergeben, in denen Aussagen oder Verhaltensweisen von Gefangenen und Proband:innen als herausfordernd, provokativ oder grenzüberschreitend erlebt werden.

Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen dabei unterstützen, den Umgang mit solchen Situationen zu erleichtern.

Eigene Haltung reflektieren

Machen Sie sich bewusst, mit welcher Brille Sie selbst auf den Konflikt schauen und warum bestimmte Aussagen oder Verhaltensweisen von Gefangenen und Proband:innen die jeweilige Reaktion bei Ihnen selbst hervorruft.

Rassistische und antisemitische Aussagen erkennen und ihnen entgegenzutreten

In Gesprächen müssen Grenzen des Sagbaren deutlich gemacht werden. Dies ist vor allem bei menschenfeindlichen Aussagen der Fall, die dazu beitragen Hass zu schüren und den Konflikt zu verschärfen.

Generalverdacht vermeiden

Es ist legitim, Kritik an den verschiedenen Akteuren zu äußern, die Verantwortung für das Leid im Israel-Palästina-Konflikt tragen. Dabei sollte aber vermieden werden, ganze Menschengruppen abzuwerten oder sie ganzheitlich für den Konflikt verantwortlich zu machen.



Diskriminierungserfahrungen ernst nehmen:

Im Alltag erfahren sowohl Muslim:innen als auch Jüdinnen und Juden oft Anfeindungen und Gewalt, die zu einer Spaltung und Verschärfung im Umgang miteinander führen und für die Betroffenen oft sehr belastend sind. Diese Erfahrungen müssen im Gespräch Anerkennung finden. Im Vordergrund sollte der Schutz vor Diskriminierung stehen.

Emotionen anerkennen und wertschätzen

Die Gewaltdarstellungen in den Medien oder auch individuelle biografische Berührungspunkte mit dem Konfliktgeschehen können dazu führen, dass Gefangene und Proband:innen stark emotionalisiert auftreten. Diese Emotionen sind nachvollziehbar und sollten im Gespräch einen Raum bekommen, um Aussagen des Gegenübers verstehen und einordnen zu können. Bestenfalls führt ein Gesprächsangebot dazu, die Emotionen zu kanalisieren und einen angemessenen Umgang mit ihnen zu finden. Dazu zählt unter anderem, starke und möglicherweise einseitige Solidaritätsbekundungen kritisch zu reflektieren.

Fragen stellen

Für einen wertschätzenden Austausch kann es immer hilfreich sein Fragen zu stellen, um mehr über die Anliegen und Perspektiven einer Person zu erfahren. Denn hinter vielen Aussagen, die als Provokation wahrgenommen werden, stecken Erfahrungen und Ängste, die ernst genommen werden müssen. Über Fragen kann ein Austausch entstehen, der Gefangene und Proband:innen dazu bringt, eigene Haltungen zu hinterfragen und vor gefestigten Ideologien schützt.

Mögliche Fragen:

„Was meinen Sie mit dieser Aussage?“

„Wissen Sie noch mehr darüber?“

„Wie geht es Ihnen damit, wenn Sie so etwas sehen und hören?“

Wussten Sie schon, dass ...



... jeder fünfte israelische Staatsbürger Araber ist?



... etwa die Hälfte aller Staatenlosen weltweit palästinensischer Abstammung sind?

... weniger als die Hälfte aller jüdischen Menschen weltweit in Israel leben?



„Mich stört die Fußballstadion-Mentalität, die nun herrscht. Entweder deklariert man sich als pro Palästina oder als pro Israel. Dabei versperrt sich jede Seite dem Leid der Zivilbevölkerung der anderen Seite. Eigentlich brauchen wir im Moment an allererster Stelle mehr Empathie mit den Betroffenen.“

Meron Mendel, Leiter der Bildungsstätte Anne Frank

Sie haben Interesse an weiteren Informationen, Qualifizierungen oder Beratung?

vor Ort in der JVA Zweibrücken:
wertraum@wertzeug.org | Tel.: 06131- 55 62 99-8

vor Ort in der JVA Rohrbach:
wertraum@wertzeug.org | Tel.: 06131- 55 62 99-7

Johann Esau (Projektleiter)
johann.esau@wertzeug.org | Tel.: 06131- 55 62 99-5

Das Team

Unser interdisziplinäres Team der Sozial- und Erziehungswissenschaften, Sozialen Arbeit, Islamwissenschaften, Judaistik und Kriminologie freut sich auf die Zusammenarbeit.

Thematische Schwerpunkte:

- Umgang mit religiöser, kultureller oder geschlechtlicher Vielfalt
- verschiedene Formen der Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (z.B. Antisemitismus oder Rassismus)
- antipluralistische und extremistische Ideologien und Radikalisierungsprozesse (z.B. im Islamismus, Rechtsextremismus, Ultra-Nationalismus, Reichsbürger-Milieu)

Wertzeug ist ein gemeinnütziger Verein, der aus der Idee heraus entstand, demokratisches Denken und Handeln zu fördern und Menschen im Umgang mit den Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft zu unterstützen. Unsere Arbeitsfelder sind Schule, Jugendarbeit und Justizvollzugseinrichtungen. Dabei arbeiten wir mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenso wie mit haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogrammes

Demokratie **leben!**

wertzeug
VEREIN FÜR DEMOKRATIEBILDUNG

Wertzeug e.V.
Hauptstraße 17-19
Gleis E, 1.2
55120 Mainz
06131 - 55 62 99-0
wertraum@wertzeug.org
www.wertzeug.org